

**Ansprache von
Bundespräsident a. D. Christian Wulff
bei der Europakonferenz
am 5. Februar 2015
in München**

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schüssel,

Ihnen allen gute Wünsche für das neue Jahr. Das Jahr hat mit schrecklichen Nachrichten begonnen: In Paris haben islamistische Attentäter Journalisten, Karikaturisten, Polizisten und Passanten, Juden, Christen und Muslime brutal ermordet. Schockierende Bilder gingen um die Welt. Beeindruckend ist, wie die Menschen in Europa zusammenstehen. Das war keineswegs selbstverständlich. Die in Oxford lebende deutsch-türkische Journalistin Kübra Gümüşay beschrieb in der Wochenzeitung die ZEIT ihre Sorge, die deutsche Gesellschaft könnte sich angesichts der Attentate in ein deutsches „Wir“ und ein muslimisches „Ihr“ spalten. Sie war nun erstaunt, dass in Wirklichkeit die Menschen gemeinsam gegen den Terror demonstrieren, die Medien zur Differenzierung auffordern und Politiker den Unterschied zwischen Islam und Islamismus betonen. „Als am Brandenburger Tor und am Kölner Dom aus Protest gegen Pegida die Lichter ausgeschaltet wurden, gingen in vielen Herzen die Lichter an“, beschreibt die Zeichnerin Soufeina Hamed, was viele Muslime in diesem Moment empfunden hätten. Die Terroristen wollen uns unterjochen, verängstigen und zwingen, nach ihren Vorstellungen zu leben, sie wollen uns spalten. Aber es gelingt ihnen nicht. Wir spüren vielmehr, dass die Bürgerinnen und Bürger die bunte Republik Deutschland und das vielfältige Europa als ihre eigene Angelegenheit ansehen. Deswegen demonstrieren sie. Die große Mehrheit will hier

...

friedlich zusammenleben. Unser heutiges deutsches Wir schließt Christen, Juden, Muslime, Atheisten ein; es schließt Menschen ein, egal woran sie glauben, oder ob sie glauben, es vereint Menschen aufgrund der Werte, die sie teilen. So können wir in Vielfalt friedlich zusammenleben. Das muss uns auch international gelingen. Der 24-jährige aus Mali stammende Lassana Bathily arbeitete in dem Supermarkt für koschere Lebensmittel. Er sagte anschließend: „Wir sind alle Brüder. Es geht nicht um Juden, Christen oder Muslime. Wir sitzen alle im selben Boot, man muss sich gegenseitig beistehen, um aus der Krise herauszukommen.“ Einen ähnlich eindrucksvollen Apell hat jüngst der deutsche Bundestrainer der deutschen Nationalmannschaft Joachim Löw bei einer Preisverleihung dargelegt. „Nicht die Herkunft ist wichtig, sondern das gemeinsame Ziel ist entscheidend.“

Lassen Sie mich fünf Bemerkungen zur Diskussion in Europa beitragen:

Erstens: Die Europäische Union ist einmalig. Wir sollten uns dies bewusst machen. Für uns ist Europa so selbstverständlich geworden, dass wir manches Mal vergessen, wie außergewöhnlich und geradezu unwahrscheinlich es war, dass Länder, die eine Reihe blutiger Kriege hinter sich hatten, ein solches Friedensprojekt vollbracht haben. Derzeit ist innerhalb der Europäischen Union ein kriegerischer Konflikt nicht mehr vorstellbar. 505 Millionen Bürger der Europäischen Union werden keine Kriege mehr gegeneinander führen.

Ein einmaliger interkultureller politischer Raum ist entstanden. 28 Nationen wahren einerseits ihre nationale Eigenständigkeit, andererseits haben sie ihre Grenzen aufgehoben. Über 500 Millionen Unionsbürger bewegen sich frei in dieser Union und tauschen sich beruflich, sozial und kulturell miteinander aus. Eine vergleichbare politische Union für Millionen Menschen,

die neben ihrer nationalen Staatsangehörigkeit auch die Rechte von Bürgern der Europäischen Union wahrnehmen können, gibt es nirgendwo sonst auf der Welt. Keine der Nationen mit vielen Sprachgruppen wie Kanada, Russland, Indien oder China pflegt wie die Europäische Union mit ihren 24 Amtssprachen in dieser Form die kulturelle Vielfalt und achtet die nationale Eigenständigkeit einer Reihe von Mitgliedsländern gleichermaßen, selbst wenn deren Bevölkerungszahl bei nur 1% der Bevölkerung der Europäischen Union liegt.

Die weltweit einmalige Vision der Europäischen Union liegt darin, eigenständige Nationen *„in Vielfalt zu einen“*, wie der Leitspruch der Europäischen Union sagt. Es ist keine Utopie, sondern sogar in vielem schon Alltag.

Zweitens: Diese Einigkeit bröckelt. Historisch ist der Prozess der *„europäischen Integration“* als Friedensprojekt gelungen. Doch das reicht nicht aus, um die Mehrheit der Bevölkerung in den einzelnen Nationen für Europa zu gewinnen. Selbst in den Gründungsstaaten der EU wenden sich bedeutende gesellschaftliche Gruppen von Europa ab. In Frankreich, England und Deutschland sind neue politische Gruppierungen entstanden, die sich primär als Europagegner profilieren. Ihr Einfluss reicht inzwischen weit in die Mitte des Wählerspektrums. Für mehrere Mitgliedsländer der EU stellt sich die Frage, ob weiterhin nationale Regierungen ohne Europagegner gebildet werden können. Hinzu kommen Mitgliedsländer, die unter starken Finanzproblemen leiden, und sich zunehmend von maßgeblichen Beschlüssen der EU abwenden wie Griechenland, Ungarn und auch Italien.

Griechenland macht uns im Moment zweifellos am meisten Sorgen. Man sollte nicht alle Worte einer neuen Regierung einige Tage nach der Wahl auf die Goldwaage legen, und man

muss den nun Regierenden Zeit geben, ins neue Amt hineinzuwachsen. Doch es ist nicht gut, wenn in starken Worten vornehmlich übereinander gesprochen wird. Wichtig ist, miteinander zu reden. Vertrauensvoll. Mit gegenseitigem Respekt und Achtung voreinander.

Ich habe mehrmals in der Presse den Spruch gelesen, ‚Griechenland hat Merkel abgewählt‘. Es soll wohl heißen, ‚Griechenland hat die Sparpolitik abgewählt‘, mit der die Bundeskanzlerin identifiziert wird. Deutschland hat hier eine unbeliebte Position. Es scheint so viel leichter zu sein, einfach immer mehr Geld in den Markt zu pumpen, als zu sparen. Auf Dauer aber wird das nicht gut gehen. Wir haben eine schwierige Gratwanderung zu bestehen zwischen gerade genug Geld ausgeben, damit die Konjunktur nicht abgewürgt wird und nicht zu viel, damit uns der Schuldenberg nicht erdrückt. Es ist eine Gratwanderung mit vielen Unbekannten, auf unbekanntem Terrain unter neuen Bedingungen.

Mir ist bei dieser weltweit geführten Auseinandersetzung am wichtigsten, dass es Einigkeit über das Ziel gibt: Nicht dauerhaft auf Kosten kommender Generationen zu leben. Wir brauchen langfristig eine solide Finanzpolitik. Über die einzelnen Maßnahmen und die Zeitschiene dorthin wird und muss engagiert gestritten werden - unter Betonung einer Selbstverständlichkeit: Solidarität ist keine Einbahnstraße: Hilfe setzt eigene überprüfbare Anstrengungen der Empfänger voraus.

Die vorbildlichen deutschen Familienunternehmen haben verstanden: Um als Unternehmen langfristig erfolgreich zu sein, bedarf es finanzieller Solidität. Ein Unternehmen, das auf die Dauer mehr ausgibt, als es einnimmt, wird scheitern. Sicher, manchmal gilt es, schwierige Zeiten zu überbrücken. Oft mit hohen Krediten. Aber die Kredite müssen bedient werden

können und ein verantwortungsvoller Unternehmer wird in guten Zeiten, soweit es geht, Kredite zurückführen, damit der Betrieb langfristig Bestand hat.

Zurück zu Europa. Die anhaltenden Diskussionen führen dazu, dass in den Augen vieler EU-Bürger die Europäische Union inzwischen zu einer Ansammlung von Staaten geworden ist, die in einem multikulturellen Nebeneinander miteinander konkurrieren anstatt zu einer Versammlung von Staaten, die sich gegenseitig befördern, über interkulturelle Brücken neue Entwicklungen anstoßen, aus denen die Mitgliedsländer neue Impulse schöpfen.

Dies spiegelt sich in den Wahlen zum Europäischen Parlament. 2014 ist die Wahlbeteiligung auf einen neuen Tiefstand gesunken. Und es sind so viele Euroskeptiker oder Vertreter von nationalkonservativen Parteien gewählt worden wie noch nie. Von insgesamt 751 Abgeordneten der Mitgliedsländer lehnen rund 100 die EU ab. Sie werden mit ihrem Denken die EU nicht gestalten können. Sie werden es nicht einmal wünschen. Wie konnte es dazu kommen? Und welche Konsequenzen hat das?

Damit komme ich zu meiner **dritten** Bemerkung: Was bedeutet Europa für die Identität der Bürgerinnen und Bürger in den Nationalstaaten? In den nationalen politischen Debatten ist die Bedeutung des Prozesses der ‚*europäischen Integration*‘ unzureichend vermittelt worden. Die EU wurde national weithin für ungelöste Probleme verantwortlich gemacht und als Hindernis für nationale Vorhaben dargestellt. Zu wenige Politiker haben positiv die Reichweite und Wirksamkeit, letztlich auch den Erfolg des Prozesses der europäischen Integration für die eigene Nation dargestellt. So konnte es geschehen, dass die EU vielen vorwiegend als Kostenfaktor, als übermächtiges Gebilde der Verwaltung und internationale Gesetzgebung

erscheint. Die nationalen Gesellschaften wurden nicht auf die tatsächliche Entwicklung der europäischen Vernetzung eingestellt. Mit all ihren Vorteilen in einer Welt, in der die quantitative Bedeutung Europas abnehmen wird. Qualitativ können wir an Bedeutung gewinnen, mit unseren Werten, unseren innovativen Lösungen, mit unserer Verlässlichkeit und mit unseren Erfahrungen friedlicher Konfliktbewältigung. In Europa gab es die Aufklärung und bürgerliche Revolutionen. In Europa gab es die Reformation, gibt es die Trennung von Kirche und Staat. Mit diesen Erfahrungen können wir der Welt etwas anbieten und, davon bin ich fest überzeugt, etwas ersparen, wenn es um die Themen Religionsfreiheit und Selbstbestimmungsrecht des einzelnen geht.

Die Bürger nehmen nun mehr wahr, dass das Nationale, die eigene Kultur und Sprache nicht mehr die obersten Ordnungskriterien darstellen. Kein EU-Bürger ist mehr allein mit seiner Nation, seiner Sprache, seiner Religion und Lebensform. Sprache und Lebensform sind nur eine unter anderen, die alle eine vergleichbare Achtung und Anerkennung verlangen. Kein größeres Unternehmen kann das europäische Beziehungsgeflecht mehr übergehen, wenn es bestehen will. Die Rechte der EU-Bürger reichen in vielen Punkten auch im Nachbarland an die nationalen Staatsangehörigkeitsrechte heran. Insofern berührt die kulturelle Vielfalt der Union die Identität des einzelnen Menschen.

Aus einer Reihe von Minderheiten, die als ausländische Gastarbeiter nach Deutschland gerufen wurden, sind europäische Bürger geworden, ihre Lebensform und Kultur spiegelt den Reichtum Europas. Aus den vielen weithin übergangenen Gastarbeitersprachen sind europäische Amtssprachen geworden. Diese Sprachen zu pflegen, sie in öffentlichen Schulen zu vermitteln, würde jungen Menschen neue Möglichkeiten erschließen, in einem erweiterten

europäischen Raum ihre je eigene kulturelle Identität zu finden. Mehrsprachigkeit, kulturelle und religiöse Vielfalt sind Kennzeichen der Europäischen Union. Wie wertvoll das ist, sollten unsere Kinder schon in der Schule lernen, zum Beispiel indem Mehrsprachigkeit als grundlegendes Prinzip für die Gestaltung von erfolgreichen Schullaufbahnen anerkannt und eingeführt wird.

Viertens: Veränderungen, die wir von außen in die Europäische Union hineingetragen haben. Vielfalt erleben die Menschen in Europa nicht nur aufgrund von innereuropäischen Wanderungsbewegungen. Auch aus nicht-europäischen Ländern kommen Menschen hierher. Sie bringen ihre Gewohnheiten, ihre Sprache, ihre Kultur, ihre Religion mit. Das ist zunehmend spürbar. In jeder europäischen Metropole werden auf Dauer die großen Weltreligionen gelebt. In Berlin gibt es nicht nur einen Evangelischen und einen Katholischen Bischof mit vielen Kirchengemeinden, den Sitz des Zentralrats der Juden in Deutschland, sondern auch mehrere buddhistische Tempel sowie 76 eingetragene Moscheen.

Doch die Tatsache, dass die Muslime zur zweiten großen Religionsgemeinschaft in Deutschland und der Europäischen Union geworden sind, scheint viele Bürger zu beunruhigen. „Eine der großen Weltreligionen, mit etwa 1,5 Milliarden Anhängern weltweit und zugleich die mit etwa 4 Millionen Menschen größte Religionsminderheit in Deutschland, wird von einem großen Teil der eigentlich religionstoleranten Bürger gewissermaßen als unerwünscht eingestuft.“¹ Das ist das Ergebnis des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung über die Wahrnehmung des Islam in Deutschland, und ich kann mir vorstellen, dass

¹ s. S. 31, „Die Wahrnehmung des Islam in Deutschland“, Religionsmonitor, Verlag Bertelsmann Stiftung, 2015

es in vielen unserer Nachbarländer ein ähnliches Ergebnis gibt. Das können wir nicht einfach ignorieren. Die Religionsfreiheit ist eines der Grundprinzipien, das in Europa für alle gilt. Gerade in Deutschland tragen wir hierfür eine besondere Verantwortung.

Muslime sind einst als sogenannte Gastarbeiter aktiv angeworben worden. Allerdings hatten auch hier die wenigsten Politiker von den notwendigen kulturellen und sozialen Folgen der Anwerbepolitik gesprochen. Inzwischen ist die entstandene kulturelle Vielfalt Europas nicht mehr zu übersehen. Einige befürchten, sie könne die je eigene Kultur in Frage stellen. Dieser Eindruck konnte entstehen, weil den Bürgern der Mehrwert, den die Öffnung der Grenzen und die Begegnung mit fremden Kulturen beinhalten, nicht vermittelt wurde.

Das Ziel besteht darin, durch interkulturelles Lernen ein ‚*in Vielfalt geeintes*‘ Europa gemeinsam weiter zu bauen. Grenzen zu überschreiten weitet den je eigenen Handlungsraum, jeder Wandel beinhaltet neue Impulse. An die Stelle des Verlusts von nationalen Strukturen muss der Mehrwert erfahren werden, der sich aus Mehrsprachigkeit, kultureller Differenz und dem interreligiösen Dialog für die Bürger der Europäischen Union ergibt. Eine fremde Sprache, die gelernt wird, stellt keine Bedrohung dar. Sie gefährdet weder die eigene Sprache noch vermischt sie der Lernende mit seiner Muttersprache. Vielmehr erweitert sie die Möglichkeiten gelingender Kommunikation.

Entsprechend wird es in der Europäischen Union darum gehen, zu erkennen, dass Wandel und Verschiedenheit dann, wenn man sie verarbeitet, zu einer Quelle für neues Erkennen und kreative Lösungen werden. Diese Erfahrung wird Menschen unterschiedlicher Herkunft verbinden und gemeinsame Kräfte zur Entwicklung der Lebensräume in Europa freilegen.

Fünftens: Kolleg der Kulturen. Konferenzen wie diese in München sind ein wichtiger Weg, um gemeinsam unser geeintes Europa zur eigenen Angelegenheit zu machen. Mit Prof. Peter Graf verfolge ich die Idee der Einrichtung eines Kollegs der Kulturen, das z. B. im Auftrag der Europäischen Union den kulturellen Wandel und seine Bedeutung für individuelle Orientierung für die Bürger in der Europäischen Union begleiten könnte. Es soll zum gemeinsamen Studium der Kulturen, Sprache und Religionen in Europa einladen. Ziel des Kollegs wäre, die kulturelle Differenz in einer Weise zu verarbeiten, dass übergreifende Strukturen sichtbar werden, die neue Impulse für den Umgang mit Verschiedenheit beinhalten und Lösungen für bestehende Probleme vorschlagen. Dabei sollten sich die Studien in besonderer Weise auf die kulturelle, die sprachliche und weltanschaulich-religiöse Sozialisation der nachwachsenden Generation als junge Unionsbürger richten. Für sie muss Europa zu einer Chance in ihrer Bildungs- und Berufswelt werden, damit sie die Fähigkeit und den Willen entfalten können, selbst die Europäische Union zusammen mit anderen kreativ zu gestalten. Denn am Ende können nur die Bürger das Schicksal Europas lenken und bestimmen. Ich bin gespannt, ob sich eine solche Idee oder andere Ideen verwirklichen lassen. Die Veranstalter und Initiatoren dieser Konferenz haben etwas Wesentliches erkannt: Europa ist zu wichtig, um es sich selbst zu überlassen.